
Milliardenspritze ohne Langzeitwirkung

Die erste Säule der schweizerischen Altersvorsorge AHV erhält eine zusätzliche Finanzspritze von 2 Milliarden Franken durch höhere Lohn- und Bundesbeiträge sowie aus der Mehrwertsteuer. Diesem Deal, verknüpft mit einer Steuerreform für die Unternehmen, haben die Stimmberechtigten in der Schweiz kürzlich zugestimmt.

Das schafft dem im Umlageverfahren finanzierten Sozialwerk etwas Luft. Nach Berechnungen des Bundes wird die AHV nun bis 2022 wieder ein positives Umlageergebnis erzielen, doch schon ab 2023 fehlt wieder eine halbe Milliarde Franken. Der Schweizerische Arbeitgeberverband SAV mahnt denn auch „strukturell wirksame Reformen“ an.

Doch damit tun sich die Eidgenossen schwer, weil sich Linke und Gewerkschaften bisher erfolgreich gegen ein höheres Rentenalter wehren. In der Schweiz liegt das Rentenalter für Frauen bei 64 Jahren und für Männer bei 65. Das ist tiefer als in den meisten Ländern.

Rentenalter 69?

Die Fakten: Die AHV leidet wie in anderen Industriestaaten unter einer alternden Gesellschaft. Das wahrscheinlichste Szenario des Bundesamtes für Statistik geht davon aus, dass sich die Zahl der Rentner von 2015 bis 2040 von 1,5 auf 2,6 Millionen erhöht. Gleichzeitig steigt die Zahl der Jungen bis Lebensalter 19 lediglich von 1,7 auf 1,9 Millionen an. Kamen im Jahr 1948, als die AHV eingeführt wurde, noch 6,5 Aktive auf einen Rentner, werden 2035 nur noch 2,3 Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen müssen.

Wird weder am Rentenalter, noch an der Finanzierung oder den Leistungen was geändert, entsteht im Jahr 2030 ein Finanzierungsloch von 5,1 Milliarden Franken. Diese Lücke wächst dann bis 2035 bereits auf 9,5 Milliarden Franken an. Der SAV malt schwarz, wenn dies eintritt: Dann wären zur Behebung dieser Lücke eine zusätzliche Mehrwertsteuer von 2,5 Prozent, knapp 2 Prozent höhere Lohnbeträge oder ein um rund vier Jahre höheres Rentenalter gegenüber heute erforderlich.